

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/kunde-bekommt-boese-post-sparkasse-will-spende-an-afd-verbieten-87146018.bild.html>

13.2.2024

Sparkasse wollte AfD-Spende verbieten

Die kleine Sparkasse Mittelfranken-Süd hat sich großen Ärger eingehandelt. Es geht um eine Spende an die AfD und einen bösen Brief, den die Bank an einen Kunden geschickt hat ...

Wie jede andere Partei wirbt die

[AfD](#) aktiv um Spenden. Wer den Rechtspopulisten Geld zukommen lassen möchte, kann das zum Beispiel per Banküberweisung tun. Ein Mann aus Mittelfranken (Bayern) hat genau das getan – und deshalb eine Ermahnung seiner Sparkasse bekommen.

Wie viel der Mann genau an die AfD überwiesen hat, ist nicht bekannt. Von einigen Hundert Euro ist in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ die Rede. Das Online-Portal des Blattes zitiert auch aus dem Brief: „Der Zahlungsempfänger hat eine rechtsextremistische Ausrichtung. Die Sparkasse Mittelfranken-Süd akzeptiert solche Zahlungen nicht. Stellen Sie bitte im eigenen Interesse solche Zahlungen ein.“

Bank spricht von „Fehler“

Dass es den Brief gab, bestreitet die

[Sparkasse](#) Mittelfranken-Süd nicht. Ein Sprecher bestätigte den Inhalt gegenüber BILD. Doch wie kam es zu dem Schreiben? Dazu möchte die Bank nichts sagen, nur so viel: „Aufgrund eines Fehlers ist das Ganze passiert. Wir haben den Kunden darüber informiert.“

Offenbar hat ein Mitarbeiter der Bank oder eines Dienstleisters das Schreiben eigenmächtig aufgesetzt und verschickt. Laut Bank handelt es sich nämlich nicht um eine IT-Panne. Der Sprecher zu BILD: „Es hat nichts mit einem System oder sonst irgendwas zu tun.“

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband stellt klar: „Als öffentlich-rechtliche [Kreditinstitute](#) müssen Sparkassen allen gesellschaftlichen Gruppen und Personen, unabhängig von deren politischen Zielen, Zugang zu kreditwirtschaftlichen Leistungen ermöglichen.“ Das betreffe auch den

Zahlungsverkehr. „Anderes gilt nur bei Parteien und Vereinen, deren Verfassungswidrigkeit rechtskräftig festgestellt wurde.“ Das ist bei der AfD nicht der Fall.

<https://apollo-news.net/neue-organisation-faeser-will-familienangehoerige-gegen-verschwoerungs-ideologen-mobilisieren/>

14.2.2024

Neue Organisation: Faeser will Familienangehörige gegen „Verschwörungs-Ideologen“ mobilisieren

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) plant eine erhebliche Ausweitung ihres Kampfes gegen Rechts. Es sollen Beratungsstellen aufgebaut werden, um Menschen von „Verschwörungstheorien“ loszulösen. Der Kampf soll dabei auch in die Familien getragen werden.

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hat sich voll und ganz dem „Kampf gegen Rechts“ verschrieben. Mit dem „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ will sie „mit harter Hand“ gegen entsprechende Personen vorgehen. „Der Staat darf nicht warten, bis aus rechtsextremistischen Weltbildern gewaltsame Taten werden“, heißt es etwa in dem Dokument.

„Verschwörungsideologien“ mit ihrem „antidemokratischen Populismus“ seien der „Türöffner“ des Rechtsextremismus. Durch „Aufklärung und Beratung“ wolle man sich diesen Entwicklungen entgegenstellen. Eine Maßnahme, um dies durchzusetzen, sei die Schaffung von Beratungsstellen. An diese könnten sich dann Personen wenden, die im privaten Umfeld „Radikalisierung aufgrund eines wachsenden Verschwörungsglaubens beobachten bzw. vermuten“. Im Umgang mit „Betroffenen“ wolle man hierdurch Hilfestellungen im Umgang mit ihnen geben, um im „Idealfall einen Deradikalisierungsprozess anstoßen“ zu können.

<https://www.nius.de/news/nancy-faeser-will-verhoehnung-des-staates-unter-strafe-stellen/29d8bc9d-6b8b-4d1d-ae0c-224ba815d539>

13.2.2024

Nancy Faeser will „Verhöhnung des Staates“ unter Strafe stellen!

Kampfansage von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) an Kritiker der links-grünen Politik. Auf einer Pressekonferenz in Berlin kündigte Faeser an, Menschen strafrechtlich und geheimdienstlich zu verfolgen, „die den Staat verhöhnen“.

Das verkündete Faeser bei einem gemeinsamen Auftritt mit Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang und BKA-Chef Holger Münch. Wörtlich sagte Innenministerin Faeser: „Diejenigen, die den Staat verhöhnen, müssen es mit einem starken Staat zu tun bekommen.“

Problematisch an dieser Aussage ist, dass es in einer Demokratie natürlich erlaubt ist, den Staat und seine Institutionen, zum Beispiel die Bundesregierung, zu verhöhnen.

Familienministerin Lisa Paus hatte ebenfalls heute bei einer Pressekonferenz angekündigt, gegen nicht strafbare Aussagen vorgehen zu wollen, die von der Meinungsfreiheit gedeckt sind. Paus wörtlich: „Wir wollen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hass im Netz auch unter der Strafbarkeitsgrenze vorkommt. Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt.“.....

<https://apollo-news.net/bundestagswahl-wiederholung-spd-und-fdp-mit-brutalen-verlusten/> 11.2.2024

Bundestagswahl-Wiederholung: SPD und FDP mit brutalen Verlusten
Berlin hat die Ampel abgestraft. SPD und FDP verlieren kräftig - die FDP sogar ein Mandat. Gewonnen haben die Wahl die CDU und die AfD, die beide zusammen über 10 Prozentpunkte zugelegt haben.

Berlin hat in 20 Prozent der Wahlbezirke die Bundestagswahl wiederholt und das Ergebnis ist eine Abrechnung mit der Ampel an der Wahlurne. Zu spüren bekamen die Abrechnung SPD und FDP, wie die aktuellen Zwischenergebnisse mit einem Auszählungsstand von 98 Prozent zeigen. Während die FDP in den Wahlbezirken, in denen die Wahl wiederholt wurde, 2021 auf 9,1 Prozent kam, kommt sie jetzt nur noch auf etwas über 3 Prozent.

Die Kanzlerpartei SPD bekam statt 22,4 Prozent nur noch etwas unter 15 Prozent. Ein herber Rückschlag, der damit aktuelle Umfragewerte bestätigt und die Quittung des Wählers für die aktuelle Arbeit der Ampel ist. Mit den Grünen konnte zumindest eine Ampelpartei ihr Ergebnis halten und sogar leicht verbessern. Ebenso konnte die Linkspartei ihr Ergebnis leicht verbessern. Die Ampel hat dennoch über 10 Prozentpunkte einbüßen müssen.

https://t.me/Wolff_Ernst/1705 10.2.2024

Am 8. Februar hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik den 1. Teil der "Technischen Richtlinie" für digitales Zentralbankgeld herausgegeben.

Die Vorbereitungen für die Einführung des neuen Geldes laufen auf Hochtouren.

#CBDCs

<https://t.co/4mnz8V7hdz> <https://t.co/c3eRx2LAIg>

Technical Guideline BSI TR-03179-1: Central Bank Digital Currency
Feb 10, 2024

(https://twitter.com/wolff_ernst/status/1756312052589604867)